

Das Wahlverhalten der Katholiken in Württemberg 1928–1933

Am 18. März 1933 schrieb der Freiburger Erzbischof Gröber in einem Brief an den Kardinalstaatssekretär Pacelli, den späteren Papst Pius XII., daß es betrüblich sei, *daß auch in meiner Erzdiözese eine größere Anzahl rein katholischer Gemeinden mit fliegenden Fahnen zu dieser Partei* [gemeint ist die NSDAP, T. S.] *hinübergezogen sind*¹. Dagegen schreibt einer der besten Kenner des deutschen politischen Katholizismus, Rudolf Morsey, 1980 in einem Aufsatz: »Die katholische Volksminderheit... (hat) weder den Aufstieg der NSDAP und 1933 deren »Machtergreifung« verursacht noch zum anschließenden Wahlsieg der NSDAP beigetragen«².

Es ist hier nicht unser Thema, inwieweit die katholische Volksminderheit an der Machtergreifung Hitlers beteiligt war. Uns geht es vielmehr darum, welche Entwicklung der politische Katholizismus, repräsentiert durch Zentrum und Bayerische Volkspartei, am Ende der Weimarer Republik nahm und wie sich beispielhaft die politische Landschaft Württembergs, dargestellt an den Wahlen der Jahre 1928 bis 1933, wandelte.

Schon lange vor dem Auftreten des Nationalsozialismus hatte der vielgerühmte Zentrumssturm erhebliche Risse bekommen. So wies Johannes Schauff in seiner 1928 erschienenen Untersuchung über »Die Deutschen Katholiken und die Zentrumsparlei«³ nach, daß bei den Reichstagswahlen im Dezember 1924 nur noch 55,9% aller Katholiken Zentrum bzw. Bayerische Volkspartei (BVP) gewählt hatten. Selbst unter den sogenannten bekenntnistreuen Katholiken, d. h. den Katholiken, die ihrer Osterpflicht nachgekommen waren, wählten im Dezember 1924 nur noch 69% die beiden katholischen Parteien. In Württemberg gaben allerdings noch 72,2 bzw. 80,8% dem Zentrum ihre Stimme⁴. Schauff warnte in diesem Zusammenhang vor dem immer geringer werdenden Rückhalt, den die katholischen Parteien in der katholischen Bevölkerung besaßen. Wie berechtigt diese Warnung war, zeigt sich schon darin, daß im Dezember 1924 Zentrum und BVP zusammen 17,4% der abgegebenen Stimmen erhielten, während es 1933 nur noch 13,9% waren.

Wie sah nun die Lage in Württemberg aus? Seit 1924 regierte in Stuttgart eine Mitte-Rechts-Koalition aus Zentrum, Bauernbund und Deutschnationalen, in der die Deutschnationalen

1 EOA, Nb 8/1.

2 RUDOLF MORSEY, Die katholische Volksminderheit und der Aufstieg des Nationalsozialismus. In: Kirche, Katholiken und Nationalsozialismus. Hg. v. KLAUS GOTTO und KONRAD REPGEN. Mainz 1980, S. 22. – Sehr viel differenzierter urteilt Morsey in seinem ausgezeichneten Buch: Der Untergang des politischen Katholizismus. Die Zentrumsparlei zwischen christlichem Selbstverständnis und »Nationaler Erhebung« 1932/33. Stuttgart/Zürich 1977.

3 JOHANNES SCHAUFF, Das Wahlverhalten der deutschen Katholiken im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Untersuchungen aus dem Jahre 1928. Hg. und eingeleitet von RUDOLF MORSEY (Veröffentl.-KomZG A 18), Mainz 1975.

4 Ebd. S. 178.

Bazille und Dehlinger Staatspräsident und Kultminister bzw. Finanzminister waren, und die Zentrumsmitglieder Bolz und Beyerle das Innen- bzw. das Justizministerium leiteten.

Am 20. Mai 1928 fanden dann in Württemberg, wie schon 1924, gleichzeitig Reichs- und Landtagswahlen statt. In einem Flugblatt appellierte das Zentrum an seine Hauptwählerschicht, die *Christlichen Frauen und Mütter!*, am 20. Mai ihre Pflicht zu tun, damit der Staat nach christlichen Grundsätzen regiert werde.

Wer schützt die Freiheit unserer katholischen Kirche? Wer kämpft für die Erhaltung katholischer Schulen? Wer verteidigt die christliche Ehe und will ihre Unauflösbarkeit gewahrt wissen? Wer fordert Schutz gegen die sittliche Verwahrlosung unserer Jugend durch Kino und schlechte Bücher? Das Zentrum! Daher jede Frauenstimme dem Zentrum!

*Wer ist ein Feind unserer christlichen Religion? Wer fordert die gottlose, die religionslose Schule? Wer will die Ehe zu einem gewöhnlichen Vertrag machen, den man nach Belieben schließen und lösen kann? Die Kommunisten, Sozialisten und Demokraten! Daher keine Frauenstimme diesen Parteien!*⁵

Diesem Appell folgten in der Tat wieder viele Frauen. So zeigte sich bei einer getrennten Auszählung der Stimmen nach Männern und Frauen in Stuttgart, Ulm und Heilbronn, daß das Zentrum in allen drei Städten bei den Frauen überproportionale Gewinne erzielt hatte. So wählten in Ulm nur 15,4 % der Männer Zentrum, während es bei den Frauen 7 % mehr, nämlich 22,4 % waren⁶.

Trotzdem konnten die Frauenstimmen nicht verhindern, daß das Zentrum 1928 eine deutliche Schlappe hinnehmen mußte. Während es im Reich zusammen mit der BVP um 2,2 % zurückging, verlor es in Württemberg über 3 %. Betrachtet man einmal die regionale Verteilung der Verluste 1928, so ergibt sich folgendes Bild:

In den überwiegend protestantischen Oberämtern konnte sich das Zentrum zumeist halten, oft sogar leichte Gewinne erzielen, bei einer absolut jedoch sehr geringen Stimmenzahl. In den katholischen Kerngebieten Oberschwabens und Ostwürttembergs mußte das Zentrum dagegen zum Teil empfindliche Verluste hinnehmen. So sank der Stimmenanteil in Ellwangen von 80,8 auf 75,3 %, in Biberach von 69,4 auf 63,4 % und in Leutkirch von 79 auf 66,6 %, bei allerdings stark gefallener Wahlbeteiligung. Diese Verluste kamen in den Agrargebieten vor allem dem Württembergischen Bauern- und Weingärtnerbund zugute, einer berufsständischen Interessenpartei, die ihre Hochburgen in den evangelischen Agrargebieten im Nordostteil Württembergs hatte.

Bei der Erklärung dieser Verluste fällt auf, daß 1928 die einzige Wahl war, die in eine relativ konfliktfreie Zeit fiel, während es bei den Wahlen von 1919, 1920, 1924 und später dann seit 1930 immer um grundlegende politische Entscheidungen mit erbitterten Auseinandersetzungen ging, von denen auch der Katholizismus direkt betroffen wurde. Somit entfiel aber 1928 ein wichtiger Mobilisierungsfaktor für das Zentrum, nämlich die Gefahr für Glaube, Kirche oder Partei durch Extremisten von links und/oder rechts. Dies hatte in den katholischen Kerngebieten naturgemäß stärkere Auswirkungen als in der katholischen Diaspora, in der bei bewußten Katholiken ein sehr viel größeres Identifizierungsbedürfnis mit einer katholischen Partei bestand, da man in einer protestantisch bestimmten Umwelt lebte.

Die wichtigste katholische Zeitung Württembergs, das Deutsche Volksblatt, bemerkte etwas schmolend zum Wahlausgang, daß *das Zentrum ... den Kampf in dem Bewußtsein geführt (habe), daß sie auch in den letzten Jahren unter der Last der Regierungsverantwortung das Beste für Volk und Vaterland zu leisten bemüht war, daß sie sich aber auf keiner Seite Freunde erworben hat, auf die man vertrauen konnte*⁷.

5 HStA Stuttgart, E 131, Bü 163.

6 Mitteilungen des Württ. Statistischen Landesamts 1928, S. 83.

7 Zit. nach Schwäbischer Merkur Nr. 234 vom 21. Mai 1928.

Nach der Wahl rechnete man allgemein damit, daß, wie im Reich, auch in Württemberg die strahlenden Sieger der Wahl, die Sozialdemokraten, in die Regierung eintreten würden. In Stuttgart hätte sogar – im Unterschied zu Berlin – eine Weimarer Koalition aus SPD, Zentrum und DDP mit 47 von 80 Sitzen eine solide Mehrheit im Landtag besessen. Trotzdem hielt das Zentrum an der bisherigen Koalition fest, die mit 36 von 80 Abgeordneten auf die Tolerierung von einzelnen Abgeordneten des Christlichen Volksdienstes und der Deutschen Volkspartei sowie auf die Hilfe der Geschäftsordnung des Landtags angewiesen war, um mehrere Mißtrauensanträge zu überstehen. Erst Anfang 1930, mit dem Eintritt der beiden liberalen Parteien in die Regierung, besaß das Kabinett Bolz-Bazille wieder eine Mehrheit im Parlament.

Was bewog nun das Zentrum zur Weiterführung dieser parlamentarisch so schwachen Regierungskoalition? Das württembergische Zentrum war viel stärker als im Reich oder in Preußen landwirtschaftlich orientiert, woraus sich ein größerer Gegensatz zur SPD ergab. Darüber hinaus setzte sich das Zentrum besonders für die Konfessionsschule und die Eigenständigkeit der Länder ein. Diese Punkte ließen sich mit den mehr zentralstaatlich ausgerichteten und für eine Reform des Schulwesens eintretenden Parteien SPD und DDP schwerer verwirklichen. Insgesamt war das württembergische Zentrum aufgrund seines starken agrarischen und schwachen Arbeiterflügels konservativer als im Reich. Damit erschwerten auch größere ideologische Gegensätze die Zusammenarbeit mit der nicht besonders revolutionären SPD in Württemberg. Nicht unerheblich dürfte für das Zentrum auch die Überlegung gewesen sein, daß bei einem Linksschwenk dem Bauernbund im katholischen Oberschwaben noch größere Einbrüche als 1928 in die eigene Wählerschaft gelingen könnten, da es ihm dann aus der Opposition heraus möglich gewesen wäre, gegen das Zentrum zu agieren.

Am 25. Oktober 1929, dem sogenannten Schwarzen Freitag, kam es an der New Yorker Börse zu einem Sturz der Aktienkurse, der den Auslöser bildete für die Weltwirtschaftskrise, auf deren Höhepunkt in Deutschland im Winter 1932/33 zwischen 6 und 8 Millionen Menschen, rund ein Drittel aller Erwerbstätigen, arbeitslos waren. Ergänzend muß allerdings hinzugefügt werden, daß während der gesamten Weimarer Republik die Arbeitslosenzahlen selten unter einer Million lagen und im Winter 1926/27 schon einmal die Zwei-Millionengrenze überschritten hatten. Im Frühjahr 1930 scheiterte die letzte parlamentarische Regierung an den wirtschaftlichen Problemen und der Unfähigkeit der beiden Flügelparteien SPD und DVP, Kompromisse zu schließen. Erster Kanzler eines Präsidialkabinetts wurde der Vorsitzende der Zentrumsfraktion im Reichstag, Heinrich Brüning, der weitgehend mit Notverordnungen auf Grund des berühmten § 48 der Weimarer Verfassung regierte. Er war praktisch nur vom Vertrauen des Reichspräsidenten abhängig, wodurch Intrigen in der Umgebung des immer seniler werdenden Hindenburg einen verhängnisvollen Einfluß auf die deutsche Politik zu gewinnen begannen.

Im Sommer 1930 löste Hindenburg auf Brünings Anraten den Reichstag auf und schrieb Neuwahlen für den 14. September 1930 aus. Während es zu diesem Zeitpunkt im Reich bereits über 3 Millionen Arbeitslose gab, zählte Württemberg erst knapp über 60000: Württemberg stellte bei einem Bevölkerungsanteil von über 4 % des Reiches nur ca. 2 % der Arbeitslosen, d. h. die Arbeitslosenquote war nur halb so hoch wie im Reich. Das Land gelangte mit Hilfe seiner ausgewogenen Industrie-, Sozial- und Siedlungsstruktur sowie seiner vergleichsweise stabilen politischen Verhältnisse am besten von allen deutschen Regionen durch die Weltwirtschaftskrise. Insofern waren die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Wahl in Württemberg und im Reich sehr verschieden. In der Wahlpropaganda stellte sich das Zentrum als staaterhaltende Kraft heraus. Der Wahltag sollte eine Abrechnung sein mit den Störern und Saboteuren einer geordneten deutschen Staatsführung. Zu diesen Saboteuren zählten die Kommunisten, die Sozialdemokraten, die Nationalsozialisten und die Deutschnationalen, da sie sich gegen die notwendige Gesundung unserer Reichsfinanzen gewandt, die notwendig

gewordenen Reformen in unserer Sozialgesetzgebung abgelehnt und das leichtfertige Schuldenmachen fortgeführt wissen wollten. Für den Wahltag sollte sich der katholische Bauer merken: *keine Stimme einem Kommunisten, denn sie führen Deutschland ins Elend; keine Stimme einem Sozialisten, sie haben durch die Tat bewiesen, daß sie unfähig sind, einen Staat zu regieren; keine Stimme einem Nationalsozialisten, ihre Politik ist praktisch undurchführbar, würde zu Bürgerkrieg und neuen internationalen Verwicklungen führen, deren Folgen in erster Linie der Bauernstand zu tragen hätte; keine Stimme einem Deutschnationalen, sie sind mit schuld an diesem politischen Durcheinander. Mit dem Multimillionär Hugenberg läßt sich eine vernünftige Politik nicht machen; keine Stimme dem Bauernbund, Du schwächst das Zentrum und gefährdest dadurch die Weiterführung des Sanierungswerkes des Reichskanzlers Brüning.*

Abschließend beschwor man noch einmal: *Katholiken seid einig, wählt Zentrum!*⁸. Das Wahlergebnis war fatal. Die NSDAP stieg von einer unbedeutenden Splitterpartei zur zweitstärksten Partei im Reichstag auf, und auch die Kommunisten konnten erhebliche Stimmengewinne erzielen. In Württemberg dagegen verbesserte das Zentrum trotz stark gestiegener Wahlbeteiligung seine Position und wurde wieder stärkste Partei im Lande. Dagegen erzielte die NSDAP mit 9,4 % ihr schlechtestes Wahlergebnis in allen 35 Wahlkreisen und wurde damit nur zur sechststärksten Partei im Lande.

Immerhin erhielt die NSDAP in neun Oberämtern mehr als 15 % der Stimmen. Der Konfessionsfaktor spielte eine wichtige, aber noch keine entscheidende Rolle, denn unter den 15 Oberämtern mit den schlechtesten NSDAP-Ergebnissen gab es immerhin sechs protestantische und zwei gemischt-konfessionelle. Von den 15 Oberämtern mit den besten NSDAP-Ergebnissen waren allerdings zwölf protestantisch, zwei besaßen eine starke katholische Minderheit und nur in einem Oberamt – Aalen – dominierten die Katholiken. Der Zusammenhang zwischen Protestantismus und Nationalsozialismus war also noch nicht eindeutig, während das Vorherrschen des Katholizismus den Aufstieg der NSDAP in Württemberg wie im übrigen Reich stark behinderte. Das heißt aber nicht, daß Gebiete mit hohem Katholikenanteil zwangsläufig gegen den Nationalsozialismus gefeit waren, wie das Beispiel Ulm zeigt. Auch in dem zu über 90 % katholischen Sigmaringen konnte die NSDAP mit über 19 % ein sensationelles Ergebnis erzielen. Betrachtet man das Ergebnis der NSDAP unter dem Aspekt der Ortsgrößenklassen, so fällt auf, daß der Einbruch in die Dörfer 1930 noch nicht gelungen war.

Das Zentrum hatte, wie das katholische Deutsche Volksblatt schrieb, mehr erreicht, als die größten Optimisten zu hoffen gewagt hätten. Besonders in den katholischen Kerngebieten mit einem Katholikenanteil von über 70 % konnten die Wahlbeteiligung und der Stimmengewinn des Zentrums überproportional gesteigert werden, d. h. die Mobilisierung der potentiellen Wählerschaft war weitgehend gelungen, während in den evangelischen Agrargebieten die Wahlbeteiligung zwar ebenfalls stark angestiegen war, aber noch fast 10 % niedriger lag. Eine überproportionale Wahlbeteiligung kam in diesen Gebieten fast ausschließlich der NSDAP zugute.

Nach einem Bericht der württembergischen politischen Polizei vom Oktober 1930 war *der geringe Erfolg der radikalen Flügelparteien ohne Zweifel auf die in Württemberg seit Jahren gleichmäßig ruhigen politischen Verhältnisse und den Mangel an eigenem Propagandastoff für die radikale Agitation zurückzuführen*⁹.

Trotzdem führte auch in Württemberg die sich verschärfende Wirtschaftslage und die damit einhergehende politische Radikalisierung zu einer Verlagerung der Auseinandersetzung auf die Straße. Allerdings blieben Tote und Schwerverletzte zum Glück die Ausnahme, und auch von bürgerkriegsähnlichen Zuständen wie im übrigen Reich, besonders in den Industriegebieten

8 HStA Stuttgart, E 131, Bü 165.

9 Bundesarchiv Koblenz, NS 26/1403.

Preußens und Sachsens, blieb das Land verschont. Dies heißt aber nicht, daß es in den Städten nicht tagtäglich Demonstrationen, Umzüge und Schlägereien gab, sondern nur, daß die Auseinandersetzungen vergleichsweise weniger brutal geführt wurden.

Nach 1930 mußte auch die katholische Kirche ihr Verhältnis zum Nationalsozialismus klären. In einem Hirtenbrief vom 19. März 1931 erläuterten die drei Bischöfe der ober-rheinischen Kirchenprovinz ihre Stellung zum Nationalsozialismus:

Wir Bischöfe (müssen) als die Hirten und Verkündiger der katholischen Glaubens- und Sittenlehre vor dem Nationalsozialismus warnen, weil und solange er Anschauungen verfolgt und verbreitet, die mit der katholischen Lehre unvereinbar sind. Es kann deshalb dem Katholiken nicht erlaubt sein, diese Anschauungen als wahr anzunehmen und sie in Wort und Tat zu bekennen. Eben diese Stellung haben wir bereits eingenommen und nehmen wir ein gegen die religiösen und sittlichen Irrlehren des Liberalismus, des Sozialismus und nicht zuletzt des Kommunismus¹⁰.

Der prinzipielle Zwiespalt, in dem die katholische Kirche steckte, konnte damit aber nicht beseitigt werden, nämlich wie man einerseits den Nationalsozialismus als politische Bewegung bekämpfen konnte, ohne gleichzeitig den einzelnen katholischen Nationalsozialisten seiner Kirche zu sehr zu entfremden.

Auf die Stellungnahmen der Bischöfe berief sich das Zentrum in einer Vielzahl von Plakaten für die fünf Wahlen des Jahres 1932 in Württemberg, nämlich die beiden Wahlgänge zur Reichspräsidentenschaft am 13. März und 10. April, die Landtagswahl vom 24. April und die beiden Reichstagswahlen vom 31. Juli und 6. November.

Im Kampf um die Reichspräsidentenschaft hatte Hindenburg in Württemberg schon im 1. Wahlgang mehr als doppelt so viel Stimmen wie Hitler erzielt und konnte im 2. Wahlgang mit über 63 % fast zwei Drittel aller Württemberger hinter sich bringen, während sich Hitler mit vergleichsweise mageren 29,3 % begnügen mußte. Die höchsten Stimmenzahlen erzielte der greise Reichsmarschall mit über 80 % in den katholischen Kerngebieten. Hier wählte man Hindenburg, um Brüning zu stützen.

In zwölf der 62 württembergischen Oberämter erreichte Hitler die Mehrheit, wobei alle zwölf Hochburgen des Bauernbundes waren, der keine Wahlempfehlung für seine Anhänger herausgegeben hatte, da die Führungsgremien sich auf keinen Kandidaten einigen konnten.

Schon 14 Tage später wurden die Württemberger wieder zur Wahlurne gerufen. In diesen 14 Tagen veranstalteten die württembergischen Parteien mehr als 5000 angemeldete öffentliche Versammlungen. Davon hielt allein die NSDAP 1395 ab, während das Zentrum mit 522 Veranstaltungen noch hinter Sozialdemokraten, Kommunisten und Bauernbund rangierte. Zur Wahl stand, nach Meinung des Zentrums, *ob unser bisher sauber und sparsam verwaltetes Land Württemberg dem Radikalismus und Marxismus überantwortet, oder ob im württembergischen Staat auch fernerhin das gut schwäbische System der Ordnung, der Sachlichkeit, der sparsamen Verwaltung und des konfessionellen Friedens seine Fortführung finden soll¹¹*. Wichtigstes Propagandainstrument des Zentrums waren dabei die Stellungnahmen der katholischen Bischöfe gegen den Nationalsozialismus. So wurden in dem Flugblatt *Die deutschen Bischöfe warnen vor dem Nationalsozialismus* die einzelnen Kirchenführer zitiert. Abschließend heißt es dann:

Katholisches Volk! So sprechen die uns von Gott gesetzten Lehrer und Führer der katholischen Kirche. Katholiken, hört auf Euere Bischöfe! Fort mit dem Nationalsozialismus! Stärkt das Zentrum!¹².

10 Anzeigebblatt für die Erzdiözese Freiburg Nr. 6 vom 21. März 1931, S. 118.

11 HStA Stuttgart, E 131, Bü 168.

12 Ebd.

Bei einer leicht gestiegenen Wahlbeteiligung kamen die katholischen Wähler dieser Aufforderung zumindest teilweise nach. Das Zentrum erzielte leichte Gewinne und die NSDAP – mit 26,4 % nun stärkste Partei im Lande – blieb in allen überwiegend katholischen Oberämtern deutlich unter dem Landesdurchschnitt. In den Hochburgen der NSDAP, im Nordosten Württembergs sowie im Schwarzwaldkreis lag dagegen der Katholikenanteil weit unter dem Landesdurchschnitt von 30,9 %, zumeist sogar unter 10 %.

Eine interessante Ausnahme dieser Regel bildete die Stadt Spaichingen mit einem Katholikenanteil von über 90 %. Das Oberamt Spaichingen sollte im Zuge von Sparmaßnahmen aufgehoben werden. Der NSDAP-Spitzenkandidat Mergenthaler versprach nun bei einem Wahlsieg seiner Partei, das Oberamt zu erhalten. Infolgedessen wurde die NSDAP in der Stadt Spaichingen, die unter dem Wegzug der Behörden am meisten zu leiden gehabt hätte, mit 29,1 % zur stärksten Partei, während das Zentrum nur noch 28,3 % erzielte. Wie stark es sich hierbei um Protestwähler gehandelt hatte, zeigte die Reichstagswahl im November. Dabei erhielt die NSDAP nur noch 19,9 %, während das Zentrum auf 47,2 % kam.

Nachdem die seitherige Regierungskoalition aufgrund der hohen Verluste von Liberalen und Bauernbund nur noch 33 von 80 Sitzen innehatte, gab es Bestrebungen, »eine betont evangelische Regierungskoalition« aus NSDAP, DNVP, Bauernbund, DDP und Christlichem Volksdienst zu schaffen. Diese Verhandlungen scheiterten aber an der Forderung der Nationalsozialisten, das Staatspräsidentenamt und das Innenministerium zu erhalten, was die Liberalen und später auch das Zentrum ablehnten. So blieb die alte Regierung geschäftsführend ohne parlamentarische Bindung bis März 1933 im Amt. Allerdings war die Bedeutung der einzelnen Länderregierungen bis Mitte 1932 stark gesunken, da nur noch in Baden aufgrund eines günstigen Landtagswahltermins eine parlamentarische Mehrheitsregierung amtierte.

Am 30. Mai 1932 wurde Reichskanzler Brüning durch Intrigen in der Umgebung Hindenburgs gestürzt, nachdem er kurz zuvor noch durch seinen Einsatz die Wiederwahl des Reichspräsidenten ermöglicht hatte. Mit der Nachfolge betraute man den Katholiken und ehemaligen Zentrumsabgeordneten Franz von Papen. Damit wurde das Zentrum ausgerechnet durch ein Parteimitglied erstmals in der Weimarer Republik von der Regierungsverantwortung ausgeschlossen. Infolgedessen konzentrierte man sich in dem kurz darauf beginnenden Wahlkampf auf die Bekämpfung Papens. Umgekehrt wurde das Zentrum als Hauptträger der Regierung Brüning für die katastrophale Lage verantwortlich gemacht. Trotzdem konnte sich die Partei im Reich und in Württemberg behaupten, wie man einer Wahlbetrachtung des rechtsliberalen Schwäbischen Merkur entnehmen kann:

Das Zentrum, gegen das der Sturm weithin ging, hat sich gut gehalten, ja es hat noch zugenommen und 21,6 % erreicht. Größte Partei ist es freilich nicht mehr. Sind auch in die katholischen Bezirke die Nationalsozialisten wieder stärker eingedrungen, so ist das noch nicht auf Kosten der Zentrumsstimmen gegangen. In den vorwiegend protestantischen Bezirken scheint es doch, als ob diesmal nicht wenige Nichtkatholiken dem Zentrum ihre Stimme gegeben haben [z. B. in Freudenstadt, wo das Zentrum bei einem Katholikenanteil von 3,5 % von 2,4 auf 4,5 % anstieg, T. S.]: Anhänger der Politik der letzten Regierung, die einer großen und ins Gewicht fallenden Partei ihre Stimme geben wollten und darob alle Bedenken gegen das Zentrum überwandten¹³.

Deutlich wird dies auch daran, daß das Zentrum in seinen Kerngebieten leicht verlor, während es in der Diaspora leichte Gewinne erzielen konnte. Der Anstieg der NSDAP auf 30,5 % ging fast ausschließlich auf Kosten der liberalen Mittelparteien und des Bauernbundes. Der negative Zusammenhang zwischen hohem Katholiken- und niederem NSDAP-Anteil, der

13 Schwäbischer Merkur Nr. 178 vom 2. August 1932.

1930 noch relativ gering ausgeprägt war, schnellte im Juli 1932 steil in die Höhe. Während besonders die evangelischen Landesgebiete im Juli 1932 mit wehenden Fahnen zu den Nationalsozialisten überliefen, hielt der Zentrumsturm noch, auch wenn er schon einige Risse zeigte.

Deutlich wird dies auch bei einer Betrachtung der Ergebnisse auf Ortsebene in einem katholischen Oberamt mit einzelnen evangelischen Gemeinden. Orte mit einer NSDAP-Mehrheit sind fast ausschließlich evangelisch. Immerhin konnte sich aber die NSDAP in den katholischen Kerngebieten von knapp 6% 1930 auf knapp 20% im Juli 1932 steigern. Ein Anzeichen dafür, daß die Not auch Katholiken zu den Nationalsozialisten führte.

Die Reichstagswahl vom 31. Juli hatte den radikalen Flügelparteien, KPD und NSDAP, mehr als 50% der Stimmen im Reich gebracht, während es in Württemberg erst knapp über 40% waren. Damit konnte eine parlamentarisch mehrheitsfähige Regierung praktisch nicht mehr ohne die Nationalsozialisten zustandekommen. Nachdem die Verhandlungen Papens mit Hitler am 13. August gescheitert waren, begannen NSDAP und Zentrum/BVP, die eine Mehrheit im Reichstag besaßen, am 28. August Koalitionsverhandlungen, die sich bis 12. September, allerdings ohne Erfolg, hinzogen. Auf Zentrumsseite beteiligte sich auch der württembergische Staatspräsident Bolz an diesen Unterredungen. Obwohl ohne konkrete politische Folgen, schlachteten die Nationalsozialisten diese Verhandlungen für die Wahlpropaganda zu den zweiten Reichstagswahlen dieses Jahres am 6. November aus. In einem ganzseitigen Wahlaufruf im Stuttgarter NS-Kurier hieß es:

Das Zentrum hat dadurch, daß es Verhandlungen mit dem erbittertsten Gegner seiner 14jährigen Politik, der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, anknüpfte, vor dem deutschen Volke selbst zugestehen müssen, daß es am Ende seiner Weisheit angelangt ist. Es hat zugegeben, daß sein Kampf gegen das erwachende Deutschland völlig zusammengebrochen ist. Auch das Hauptargument in diesem Kampf des Zentrums gegen die NSDAP, die angebliche »Religionsfeindlichkeit« der Nationalsozialisten, hat das Zentrum in den letzten Wochen selbst als Unwahrheit entlarvt. Das Zentrum, das in den letzten 14 Jahren der von ihm unterstützten roten Mißwirtschaft alle Versklavungsanträge von Versailles bis Young unterschrieben und dem deutschen Volk als »Rettung« gepriesen hat, mußte in diesen Wochen durch seine Verhandlungen mit der NSDAP selbst zugeben, daß die Nationalsozialisten, die trotz Terror und Verfolgung das deutsche Volk über die wahren Gefahren aufklärten und einen unerbittlichen und geradlinigen Kampf gegen jeden dieser Schandverträge geführt haben, recht hatten. Das Zentrum, das die Nationalsozialisten und ihre Führer jahrelang als Freiwild behandelte und mit Beschimpfungen und Herabsetzungen aller Art verfolgte, hat selbst zugegeben, daß die Nationalsozialisten keine »Wirrköpfe«, keine »Phantasten«, keine »unreifen Buben« sind, um nur einige Beispiele aus dem reichen Wortschatz der früheren Wahlkämpfe zu nennen¹⁴.

Die Wahlen brachten dem Zentrum in Württemberg und im Reich bei mäßigem Rückgang der Wahlbeteiligung leichte Verluste. Eindeutiger Verlierer der Wahl war die NSDAP, die im Reich und im Land etwa 4% verlor. Betrachtet man diesen Verlust in Württemberg etwas genauer, so zeigt sich, daß die Nationalsozialisten besonders stark in ihren Hochburgen im Nordosten Stimmen einbüßten, nämlich bis zu 16%, während sie in den katholischen Kerngebieten praktisch keine Verluste hinnehmen mußten. Im Gegenteil. In den beiden zu über 90% katholischen Oberämtern Leutkirch und Wangen konnte die Partei sogar leichte Zugewinne erzielen. Großer Gewinner der Wahl war die KPD, die insgesamt die Stimmenzahl der SPD fast erreichte und diese in den katholischen Gegenden sogar eindeutig übertraf, auf einem allerdings sehr geringen Stimmenniveau.

14 NS-Kurier vom 25. Oktober 1932.

Wie groß die Angst in evangelisch-bürgerlichen Kreisen vor einer schwarz-braunen Koalition war, beweist die Schlagzeile im Schwäbischen Merkur vom 8. November 1932: *Keine Mehrheit Zentrum-Nationalsozialisten mehr!*

Das Ende dieser Koalitionsmöglichkeit schloß bis auf weiteres eine mehrheitsfähige Regierung aus. Zudem zeigten sich in der NSDAP Auflösungserscheinungen, nachdem die Partei zum ersten Mal seit vier Jahren einen deutlichen Rückschlag hatte hinnehmen müssen und weiter denn je von der Macht entfernt schien. Äußeres Zeichen für die internen Schwierigkeiten war das Ausscheiden von Georg Strasser, dem zweiten Mann nach Hitler, aus den Führungsgremien der Partei. Auch in der württembergischen Parteiorganisation zeigten sich Verschleißerscheinungen. Um so überraschender kam die Kanzlerschaft Hitlers am 30. Januar 1933. Franz von Papen und die Kamarilla um den Reichspräsidenten hatten es zusammen mit der großagrarischen Lobby und Teilen der Schwerindustrie erreicht, dem weitgehend entscheidungsunfähigen Hindenburg eine Kanzlerschaft Hitlers nahezulegen.

Sofort schrieb Hitler Neuwahlen aus. Mit Hilfe verschiedener Notverordnungen, besonders der nach dem Reichstagsbrand erlassenen Verordnung zum Schutz von Volk und Staat, wurden die politischen Gegner und ihre Presse verfolgt und behindert. Obwohl in Württemberg die Polizei noch dem Zentrumsinnenminister Bolz unterstand, kam es auch hier zu Zeitungsverböten und zur Behinderung des politischen Gegners durch die SA. Das ganze Reich stand unter einem propagandistischen Trommelfeuer der NSDAP. Dadurch geriet das Zentrum zwangsläufig in die Defensive, auch wenn Eugen Bolz vehement gegen eine braune Diktatur kämpfte. In welcher Stimmung sich die Partei befand, macht ein Zentrums-Flugblatt aus dieser Zeit deutlich. Unter der Überschrift: *Katholisches Volk erwache, ein neuer Kulturkampf droht!* heißt es:

Heute stehen wir unmittelbar vor einem neuen Kulturkampf, rücksichtsloser und brutaler als der erste war. Er wird propagiert und geschürt von den Nationalsozialisten. Sie sind die Bannerträger eines neuen Kulturkampfes. Das Hakenkreuz ist das weithin sichtbare Signal für eine erneute Entrechtung und Verfolgung der katholischen Kirche in Deutschland... Katholiken, setzt Euch zur Wehr! Noch ist es Zeit. Nützet sie! Eine nationalsozialistisch-deutschnationale Reichstagsmehrheit würde den Beginn eines neuen brutalen Kulturkampfes in Deutschland bedeuten. Verhindert eine solche Mehrheit! Wehrt den Kampf ab. Nicht mit Knüppel, Dolch oder Revolver, sondern mit dem Stimmzettell! Katholische Väter und Mütter, es geht um Euere Kinder. Katholische Jugend, es geht um deine Zukunft. Schafft ein starkes Zentrum als Garant religiöser Gewissensfreiheit und staatsbürgerlicher Gleichberechtigung¹⁵.

Aber selbst mit diesen Parolen, die alte Ängste in der katholischen Bevölkerung wecken sollten, konnte die Entwicklung zur NSDAP hin nicht aufgehalten werden. Den Nationalsozialisten gelang eine ungeheure Mobilisierung der Wählerschaft. So stieg die Wahlbeteiligung im Reich um über 8 % und in Württemberg sogar um fast 14 %. Das Zentrum konnte seine absolute Stimmenzahl sogar leicht steigern, mußte prozentual aber erhebliche Einbußen hinnehmen.

Wie sah es nun in den katholischen Oberämtern aus? Hier gelang der NSDAP in dieser Wahl der Durchbruch. Sie erreichte in den 13 Oberämtern, die einen Katholikenanteil von über 80 % besaßen, mehr als 37 % und lag damit nur noch knapp 5 % unter dem Landesdurchschnitt. Wie stark dieser Umschwung war, zeigt der spätere Landkreis Wangen. Am 6. November 1932 hatte das Zentrum in allen 40 Gemeinden die Mehrheit, am 5. März 1933 nur noch in 31. In acht Gemeinden besaß die NSDAP sogar die absolute Mehrheit. Den Nationalsozialisten war es zwar nicht gelungen, die alten Zentrumswähler für sich zu gewinnen, aber sie konnten die bisherigen Nichtwähler für sich mobilisieren.

15 HStA Stuttgart, E 131, Bü 170.

In einer Betrachtung des Wahlergebnisses im Oberamtsbezirk Wangen schrieb der dem Zentrum nahestehende Argon-Bote:

Einen bisher unerhörten Aufwand an Mitteln und Möglichkeiten hatten die Nationalsozialisten als Regierungspartei in diesem erbitterten Wahlkampf eingesetzt. Gemessen an dieser Macht- und Kraftentfaltung hat die Zentrumspartei sich mannhaft und tapfer geschlagen... Das Zentrum hat im Bezirk Wangen gegenüber der Novemberwahl 1932 853 Stimmen verloren. Die Nationalsozialisten, denen alle erdenklichen Mittel bei der Werbearbeit zur Verfügung standen, haben einen Gewinn von 2784 Stimmen zu verzeichnen. Ihr bester Helfer und Werber war die Not der Zeit. Nun gilt es, Versprechungen einzulösen. Darauf warten alle. Die zu tragende Verantwortung wird groß sein und schwer. Aus den Reihen der Bauern und gewerblichen Mittelständler dürften die Nationalsozialisten den stärksten Zustrom erhalten haben.

Illusionen gab sich die Zeitung aber hin, wenn sie meinte, daß man ... in Zukunft mit der Zentrumspartei mehr wie je wird rechnen müssen¹⁶.

Noch höher lagen die Gewinne in den evangelischen Agrargebieten. Hier nahm die NSDAP teilweise um über 20 % zu und erreichte bis zu 71,7 % (Oberamt Gerabronn). Sehr viel besser hielten sich dagegen einige evangelische Industriegebiete wie Esslingen, Göppingen, Heilbronn, Reutlingen und Stuttgart, in denen die NSDAP mit 30 bis 39 % erheblich unter dem Landesdurchschnitt blieb.

Wie groß der Erdrutsch zugunsten der Nationalsozialisten in den katholischen Gebieten war, zeigt sich noch deutlicher bei einem Blick über die württembergischen Landesgrenzen. Im Oberamt Hechingen – zu über 92 % katholisch – wurde die NSDAP vor dem Zentrum stärkste Partei. Noch bedeutsamer sah der Umschwung in Baden aus, wo 58 % der Bevölkerung zur katholischen Kirche gehörten. Bei den Reichstagswahlen im Juli 1932 gab es noch in 24 von 40 Amtsbezirken einen Vorsprung des Zentrums vor den Nationalsozialisten, im November noch in 22 und im März 1933 nur noch in sechs Amtsbezirken.

Im Bereich des Landeskommissärs Konstanz am Bodensee, Hochrhein und im Schwarzwald besaß das Zentrum 1932 in allen zehn Amtsbezirken, bei einem durchschnittlichen Katholikenanteil von 85 %, die Mehrheit. Am 5. März 1933 überflügelte die NSDAP das Zentrum in neun von zehn Amtsbezirken. In den beiden Amtsbezirken mit dem höchsten Katholikenanteil in Baden, in Pfullendorf und Oberkirch, erzielte die NSDAP am 5. März 48,2 bzw. 56,1 %, also weit über dem Landesdurchschnitt liegende Ergebnisse. Allerdings waren auch in Baden die Ergebnisse in den evangelischen Agrargebieten für die Nationalsozialisten noch besser.

In einem Zeitschriftenaufsatz vom 12. Februar 1933 nannte der Vorsitzende des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Alois Fürst zu Löwenstein, folgendes Zugehörigkeitsverhältnis der Katholiken zu den politischen Parteien: »43 Prozent Zentrum und Bayerische Volkspartei; 15 Prozent Sozialdemokraten; 15 Prozent Nichtwähler und Splitterparteien; 10 Prozent Nationalsozialisten; 10 Prozent Kommunisten; 4 Prozent Deutschnationale«¹⁷. Dabei sei allerdings angemerkt, daß nach meinem Dafürhalten 1932 NSDAP und KPD einen größeren und die SPD einen geringeren Anhang unter den Katholiken hatten, als von Löwenstein angenommen wurde. Im März 1933 dürften nach vorsichtigen Schätzungen zwischen 30 und 40 % der Katholiken NSDAP gewählt haben. Dafür spricht, daß die NSDAP in wichtigen katholischen Gebieten Deutschlands wie in Oberschlesien, der Rheinprovinz und Bayern, aber auch in den katholischen Oberämtern von Württemberg Ergebnisse zwischen 34,7 % in der Rheinprovinz und 43,1 bzw. 43,2 % in Bayern und Oberschlesien erzielte. In Württemberg hielt sich das Zentrum sogar noch überdurchschnittlich gut. Insgesamt konnte

16 Argon-Bote vom 6. März 1933.

17 Schönere Zukunft 8, 1932/33, Nr. 20 vom 12. Februar 1933, S. 445.

das Zentrum seinen Wählerstamm mit leichten Verlusten halten, während die NSDAP in erster Linie die katholischen Nichtwähler und Wähler anderer Parteien ansprechen konnte.

Für die katholische Kirche brachte die Aufwärtsentwicklung der NSDAP und die Abwärtsentwicklung von Zentrum und BVP immer größere Probleme mit sich, obwohl die Bischöfe noch im März 1933 für die beiden katholischen Parteien eintraten. So zeigt die kirchliche Statistik der Jahre 1924 bis 1933, daß die Zahl der Katholiken, die ihrer Osterpflicht nachkamen, zugenommen hatte, d. h. immer mehr sogenannte bekenntnistreue Katholiken wählten andere Parteien als Zentrum und BVP, und die katholische Kirche lief Gefahr, bei einem einseitigen Eintreten für Zentrum und BVP fast die Hälfte der bekenntnistreuen Katholiken vor den Kopf zu stoßen. Diese Überlegung erleichterte der katholischen Kirche vielleicht auch die Zustimmung zur Entpolitisierungsklausel im Reichskonkordat, die für die Geistlichen und Ordensleute die Mitgliedschaft in politischen Parteien und die Tätigkeit für solche Parteien ausschloß. Zentrum und BVP, in denen die Geistlichen bisher fast ausschließlich tätig gewesen waren, vertraten 1933 nur noch eine Minderheit der Katholiken.

Kommen wir abschließend noch einmal auf unsere Eingangsfrage nach der Rolle der katholischen Volksminderheit beim Aufstieg und dem Wahlsieg der NSDAP im März 1933 zurück. Ohne Zweifel erzielte die NSDAP in Württemberg wie im Reich zwischen 1930 und 1933 ihre größten Erfolge in den protestantischen Agrargebieten, während sie in den evangelischen Industriegebieten schwerer Fuß faßte. Aber schon 1932 besaßen die Nationalsozialisten in katholischen Gebieten einen festen Wählerstamm von etwa 20%. Mit einem enormen Propagandaaufwand, teilweise auch schon mit Terror, konnte die NSDAP ihre Stimmenzahl im März 1933 in vielen katholischen Gebieten verdoppeln und den Stimmenanteil um 15 bis 20% steigern. Erst dieses Eindringen in das katholische Milieu ermöglichte den großen Wahlsieg Hitlers im März 1933 und verhinderte, daß die absoluten Mehrheiten in den evangelischen Agrargebieten wirkungslos wurden.

Reichstagswahlen im Reich, in Baden und Württemberg (Angaben in %)

	Wbt.	NSDAP	SPD	KPD	Zentr.	DNVP	DVP+	CSVD	BuWBd	Sonst.
							DDP			
<i>7. 12. 1924</i>										
Reich	78,8	3,0	26,0	9,0	17,4	20,5	16,4	—	0,7	7,0
Baden	71,0	1,9	19,9	6,5	34,5	8,9	19,1	—	—	9,2
Württemberg	74,2	2,2	20,6	8,2	22,3	11,1	16,7	—	18,0	0,9
<i>20. 5. 1928</i>										
Reich	75,6	2,6	29,8	10,6	15,2	14,3	13,6	—	0,6	8,9
Baden	61,7	2,9	22,5	7,4	32,8	8,1	16,5	—	—	8,1
Württemberg	68,3	1,9	23,9	7,3	19,2	6,3	15,3	—	17,6	8,5
<i>14. 9. 1930</i>										
Reich	82,0	18,3	24,5	13,1	14,8	7,0	8,3	2,5	0,5	14,0
Baden	75,9	19,2	17,9	9,6	29,9	2,8	9,7	4,9	—	6,0
Württemberg	79,4	9,4	20,5	9,5	20,5	4,0	9,9	6,7	13,0	6,6
<i>31. 7. 1932</i>										
Reich	84,1	37,4	21,6	14,5	15,7	5,9	2,2	1,0	0,3	2,7
Baden	79,3	36,9	13,6	11,3	29,1	3,0	3,4	1,6	—	1,1
Württemberg	77,1	30,5	18,0	11,2	20,7	3,9	3,5	3,7	7,0	1,7
<i>6. 11. 1932</i>										
Reich	80,6	33,1	20,4	16,9	15,0	8,9	2,9	1,2	0,3	2,8
Baden	74,4	34,1	13,0	14,3	27,8	4,0	4,3	1,8	—	—
Württemberg	71,8	26,5	15,5	14,6	19,5	5,4	4,5	4,3	8,2	1,5
<i>5. 3. 1933</i>										
Reich	88,8	43,9	18,3	12,3	13,9	8,0	2,0	1,0	0,2	1,6
Baden	85,3	45,4	11,9	9,8	25,4	3,6	2,5	1,3	—	0,1
Württemberg	85,7	42,0	15,0	9,3	16,9	5,2	2,9	3,2	5,4	0,1

Konfession 1925 (Angaben in %)

	evang.	kath.	Israel.	Andere (+ Israel.)
Reich	64,1	32,4	0,9	3,5
Baden	39,4	58,4	1,0	1,2
Württemberg	68,0	30,9	0,4	1,2

Sozialstruktur (Erwerbstätige in %)

	Ldw.	Ind.	Hd.	Verw.	Sonst.	Selb.	Ang. +	Beam.	Arb.	Mithelf. Fam.
<i>1925</i>										
Reich	31,5	40,1	17,2	6,8	4,4	17,3	16,5	45,1	17,0	
Baden	36,9	38,9	14,1	4,0	6,1	19,5	15,2	37,1	24,6	
Württemberg	41,7	39,1	10,5	3,7	5,1	20,5	12,2	35,9	28,3	
<i>1933</i>										
Reich	34,2	33,5	18,9	13,4	20,0	11,9	5,6	38,4	20,1	
Baden	38,8	33,1	16,0	12,1	23,1	10,7	5,5	31,7	25,5	
Württemberg	39,7	36,8	12,8	10,7	22,4	9,2	4,5	34,5	25,9	

Angaben in %

	Kath.	Ldw.	Arb.	Wbt.	KPD	SPD	Zentr.	BBd.	NS	Sonst.
<i>Riedlingen</i>										
1924 II	95,2	60,7	21,7	78,2	0,9	6,0	77,6	8,8	0,3	7,7
1928				72,7	0,6	5,2	72,6	9,7	0,5	11,4
1930				87,7	1,2	4,1	77,8	5,5	2,9	8,5
1932 I				80,2	1,5	2,6	69,5	3,2	19,6	3,6
1932 II				72,3	3,0	2,9	70,2	2,8	17,0	4,1
1933				88,6	1,2	1,8	54,8	1,6	37,4	3,2
<i>Öhringen</i>										
1924 II	3,0	59,1	23,7	74,1	2,0	14,2	1,4	55,6	1,8	25,0
1928				65,9	1,4	13,8	1,2	61,3	1,8	20,5
1930				69,9	1,5	13,8	1,2	54,9	7,9	20,7
1932 I				69,3	4,0	9,3	1,6	25,6	50,4	9,1
1932 II				63,2	6,5	8,4	1,3	34,7	36,8	12,3
1933				85,4	1,7	6,4	1,1	17,2	63,5	10,1
	Kath.	Ind.	Arb.	Wbt.	KPD	SPD	Zentr.	DDP+ DVP	NSDAP	Sonst.
<i>Stadt Gmünd</i>										
1924 II	67,5	61,4	48,3		12,9	13,0	48,8	16,9	1,1	7,3
1928				69,6	11,3	15,3	45,4	12,5	1,3	14,2
1930				80,4	12,6	9,5	47,1	8,0	6,4	16,4
1932 I				87,1	14,1	9,3	47,0	2,3	18,9	8,4
1932 II				83,2	16,6	7,4	46,0	3,7	15,0	11,3
1933				89,5	12,8	6,8	43,1	1,8	26,6	8,9
<i>Stadt Reutlingen</i>										
1924 II	10,5	63,5	62,1	78,0	5,2	35,9	5,3	39,4	1,7	12,5
1928				70,7	4,1	39,7	4,0	33,1	1,2	17,9
1930				83,7	9,8	36,3	4,2	20,0	6,0	23,7
1932 I				80,7	12,3	31,9	5,4	7,7	25,4	17,2
1932 II				75,8	15,7	28,4	4,8	9,2	21,2	20,7
1933				84,8	10,2	28,2	5,2	5,7	32,2	19,0